

Protokoll – öffentlicher Teil

39. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

Sitzungstermin:	Donnerstag, 21.09.2023
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:20 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend

Vorsitz

Andreas Walter Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder

Arndt Sändig	Die Andere	
Leon Troche	SPD	18.28 bis 21.20 Uhr
Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für: Fabian Twerdy
Michél Berlin	Sozial.DIE LINKE.Potsdam	von 18.15 Uhr bis 21.20 Uhr
Matthias Finken	CDU	
Sebastian Olbrich	AfD	

zusätzliches Mitglied

Dr. phil. Wieland Niekisch	Mitten in Potsdam	von 18.27 bis 19.47 Uhr
Ralf Jäkel	DIE LINKE	

sachkundige Einwohner

Matthias Frey	Freie FRAKTION	
Maximilian Adams	CDU	
Dr. Sophie Haebel	Bündnis 90/Die Grünen	
Jan Kuppert	Die Andere	
Elke Lentz	SPD	
Klaus Rietz	BürgerBündnis	

Beigeordnete

Bernd Rubelt

Vertreter der Beiräte

Frank Spade Bündnis 90/Die Grünen

Abwesend

Mitglieder

Uwe Adler	SPD	entschuldigt
-----------	-----	--------------

Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Sabine Becker	Freie Demokratische Partei	entschuldigt
zusätzliches Mitglied		
Andreas Menzel	Freie FRAKTION	entschuldigt
Alexander Dietmar Wietschel	Freie FRAKTION	nicht teilgenommen
Dr.med. Carmen Klockow	BürgerBündnis	entschuldigt
sachkundige Einwohner		
Dr. Matthias Kretschmer	Freie Demokraten	entschuldigt
Norbert Wilke	DIE LINKE	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.09.2023

- 3 Vorstellung des Naturschutzbeirates sowie des Vereines für Landschaftspflege Potsdamer Kulturlandschaft e. V.

- 4 Sachstand Fortschreibung der Finanzierungsvereinbarung des öffentlichen Dienstleistungsauftrags zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und dem VIP (öDA LHP-ViP)

- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.1 Ausweisung der nah- und fernwärmefreien Zonen
Fraktion SPD 23/SVV/0847
 - 5.2 Transparenz Kommunale Wärmeplanung
Fraktion CDU 23/SVV/0689
 - 5.3 Klimanotstand durch gemeinsame Baumrettungs-Aktion für Potsdam bewältigen
Fraktion Mitten in Potsdam 23/SVV/0861

5.4	Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße Bereich des Naturkundemuseums <i>Fraktion DIE LINKE</i>	23/SVV/0637
5.5	Antrag zur Baumpflege in Potsdam <i>Fraktion Mitten in Potsdam</i>	23/SVV/0786
5.6	Spiel-, Sport- und Erholungsflächen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erhalten <i>Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i> <i>(Wiedervorlage)</i>	23/SVV/0533
5.7	Trinkwasserbrunnen und Hitzeschutz <i>Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i> <i>(Wiedervorlage)</i>	23/SVV/0195
5.8	Technologische und bauliche Maßnahmen in der Fläche zur Verhinderung der lokalen Überwärmung des Aufenthaltsortes von Menschen <i>Ortsbeirat Golm</i>	23/SVV/0716
5.9	Beschluss Rahmenplan Golm 2040 <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung</i> <i>(Wiedervorlage)</i>	22/SVV/1236
5.10	Flächennutzungsplan-Änderung "Golm Nord" (28/22) Aufstellungsbeschluss <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung</i> <i>(Wiedervorlage)</i>	22/SVV/1237
5.11	Neufassung der Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der Verkehrsflächen und öffentlichen Anlagen der Landeshauptstadt Potsdam (Stadtordnung) <i>Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit</i>	23/SVV/0509
5.12	Sicherer Radweg Heinrich-Mann-Allee <i>Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i> <i>(Wiedervorlage)</i>	23/SVV/0393
5.13	Antrag zur Ortsdurchfahrt in Grube <i>Fraktion Mitten in Potsdam</i>	23/SVV/0787
5.14	Parkhaus Nähe Campus Jungfernsee öffentlich nutzbar machen <i>Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam, Fraktion SPD</i>	23/SVV/0681
5.15	Parkraumbewirtschaftung am Potsdamer Wochenmarkt verbessern <i>Fraktion CDU</i>	23/SVV/0859
5.16	Parkausweis für Bewohner im ländlichen Raum <i>Fraktion CDU</i>	23/SVV/0690

5.17	Prüfung von bewachsenen Fugen in Pflasterflächen gegen Hitzestress <i>Fraktion DIE LINKE</i>	23/SVV/0638
5.18	Fährverbindung Herrmanswerder <i>Fraktion Bürgerbündnis</i>	23/SVV/0714
6	Mitteilungen der Verwaltung	
6.1	2. Sachstandsbericht zur Teilnahme der Landeshauptstadt Potsdam am "Wattbewerb" gemäß Beschluss 22/SVV/0006 <i>Koordinierungsstelle Klimaschutz</i>	
6.2	Info. über Prüfung - Tempo 30 Charlottenstraße	
7	Sonstiges	

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.09.2023

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 9 abstimmungsberechtigten Ausschussmitgliedern anwesend.

Zur Tagesordnung ergehen folgende Hinweise:

- Gemeinsame Behandlung der TOP'e 5.1 und 5.2
- Gemeinsame Behandlung der TOP'e 5.9 bis 5.10

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur **Niederschrift** der 38. außerordentlichen öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität vom 07.09.2023 gibt es keine Hinweise.

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

3 Vorstellung des Naturschutzbeirates sowie des Vereines für Landschaftspflege Potsdamer Kulturlandschaft e. V.

Frau Susann Fischer (Vorsitzende des Naturschutzbeirates Potsdam) informiert anhand einer Präsentation, welche zum TOP als Anlage beigefügt wird, über

- die Grundlagen für die Arbeit des Naturschutzbeirates
- die Zusammensetzung und Arbeitsweise des Naturschutzbeirates Potsdam
- die Funktion und Schwerpunktthemen des Naturschutzbeirates

und gibt einen Ausblick.

Herr Bornholdt, Herr Querhammer und Frau Kummel (Verein für Landschaftspflege Potsdamer Kulturlandschaft e.V.) informieren anhand einer Präsentation (wird ebenfalls zum TOP als Anlage beigefügt) einen Überblick über die Arbeit des Vereines. So informieren sie

- über die Grundlagen der Arbeit des LPV
- das Aufgabenspektrum

und richten ergänzend folgende Wünsche an die Mitglieder des KUM-Ausschusses:

- Unterstützung des Beitritts der Landeshauptstadt Potsdam in einen noch zu gründenden Regionalpark Havelseen-Mittlere Havel
- Umsetzung des Beschlusses der SVV vom 1.12.2021, die sozial-ökologische Nutzung kommunaler landwirtschaftlicher Flächen der LHP zu fördern (Vorlage: 21/SVV/0851)
- Entwicklung und Umsetzung eines Ausgleichsflächenpools für die Stadt Potsdam auf Basis eines Kompensations-Katasters in enger Zusammenarbeit mit dem LPV gemäß §3 (4) BNatschG zur Umsetzung des vorhandenen Beschlusses

Sowohl der Naturschutzbeirat als auch der Verein für Landschaftspflege Potsdamer Kulturlandschaft e.V. sprechen sich für die Erstellung eines Ausgleichsflächenpools auf Basis eines Kompensations-Katasters aus. Dafür müssten der Verwaltung die personellen und finanziellen Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden.

Herr Schmäh (Fachbereich Umwelt, Klima und Grünflächen) erinnert, dass es hierzu bereits einen Beschluss der STVV gibt, dessen Umsetzung aufgrund fehlender personeller und fi-

nanzieller Kapazitäten nicht möglich ist.

Anlage 1 TOP 3 Präs. Naturschutzbeirat KUM_20230921 (öffentlich)

Anlage 2 TOP 3 -2023-09-21_Vortrag-LPV_KUM Ausschuß LHP v4 (öffentlich)

4 Sachstand Fortschreibung der Finanzierungsvereinbarung des öffentlichen Dienstleistungsauftrags zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und dem VIP (öDA LHP-ViP)

Herr Rubelt informiert, dass es einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH für die Jahre 2018 bis 2033 gibt. Die Finanzierungsvereinbarung regelt hier zunächst einmal die Finanzierung für die Jahre 2018 bis 2023. Das bedeutet, die Finanzierung läuft zum Jahresende aus. Es ist zur Sicherstellung der Finanzierung vorgesehen, die 3. Änderungsvereinbarung zur Finanzierungsvereinbarung für das Jahr 2024 vorzubereiten und in die Stadtverordnetenversammlung zum Jahresende 2023 einzubringen.

Frau Biffi (kaufmännische Geschäftsführerin Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH) informiert anhand einer Präsentation, welche im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt wird, über die Ausgangslage und den Finanzbedarf.

Mit der Berichterstattung wird deutlich, dass mit einer deutlichen Kostensteigerung zu rechnen ist.

Auf Nachfragen geht Frau Biffi ein.

Anlage 1 TOP 4_Präs._BV_Finanzierungsvereinbarung öDA_21-09-2023 (öffentlich)

5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

5.1 Ausweisung der nah- und fernwärmefreien Zonen

23/SVV/0847
geändert beschlossen

Die TOP'e 5.1 und 5.2 werden gemeinsam behandelt.

Die Einbringung des Antrages 23/SVV/0847 ist nicht erforderlich.

Die Einbringung des Antrages 23/SVV/0689 erfolgt durch Herrn Finken.

Herr Schmäh (Fachbereich Umwelt, Klima und Grünflächen) informiert anhand einer Präsentation, welche im RIS als Anlage beigefügt wird, zum Sachstand. Für die Verwaltung schlägt Herr Schmäh folgende Änderungen vor:

Zum Antrag 23/SVV/0689:

„...Zur Erhöhung der Akzeptanz und Identifizierung mit den größten Problemen unserer Zeit, ist ein Konzept zu entwickeln, wie **sind** die Bürgerinnen und Bürger sowie die Akteure auf dem Immobilienmarkt und Wohnungsbesitzer aktiv bei der Erarbeitung **einzubeziehen** einbezogen werden können.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist regelmäßig, spätestens alle 3 Monate

über den Bearbeitungsstand zu unterrichten.“

Zum Antrag 23/SVV/0847:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für das Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam bis zum Ende des 1. Quartals des Jahres 2024 **im Rahmen der Wärmeplanung frühestmöglich** die auch zukünftig nah- und fernwärmefreien Zonen mit Wahrscheinlichkeiten der Wärmeversorgungsarten auszuweisen.“

Nach kurzer Diskussion erklärt sich Herr Finken zum Antrag 23/SVV/0689 und Herr Heuer zum Antrag 23/SVV/0847 mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden.

Frau Dr. Haebel berichtet, dass Herr Mertes vor 2 Tagen in der URANIA einen interessanten Vortrag zur Wärmeplanung gehalten hat und bittet diesen, den Mitgliedern des KUM-Ausschusses zu übermitteln.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag 23/SVV/0847 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für das Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam bis zum Ende des 1. Quartals des Jahres 2024 **im Rahmen der Wärmeplanung frühestmöglich** die auch zukünftig nah- und fernwärmefreien Zonen auszuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **7**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **1**

Anlage 1 TOP 5.1-5.2 230921_WPG_23SVV0689_23SVV0847 (öffentlich)

5.2 Transparenz Kommunale Wärmeplanung

23/SVV/0689
geändert beschlossen

Siehe TOP 5.1

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag 23/SVV/0689 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Erarbeitung der kommunalen Wärmeplanung die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig und kontinuierlich über die Planungen zu informieren. Neben der Berichterstattung in den Ausschüssen Klima Umwelt und Mobilität; Partizipation, Transparenz und Digitalisierung und Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung

des ländlichen Raumes sind die Ortbeiräte in regelmäßigen Abständen über den Planungsstand zu informieren. Zur Erhöhung der Akzeptanz und Identifizierung mit den größten Problemen unserer Zeit, ~~ist ein Konzept zu entwickeln, wie~~ **sind** die Bürgerinnen und Bürger sowie die Akteure auf dem Immobilienmarkt und Wohnungsbesitzer aktiv bei der Erarbeitung einbezogen werden können **einzubezieh**en.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist regelmäßig, ~~spätestens alle 3 Monate~~ über den Bearbeitungsstand zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **7**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **1**

5.3 Klimanotstand durch gemeinsame Baumrettungs-Aktion für Potsdam bewältigen

23/SVV/0861
abgelehnt

Herr Heuer stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Tagesordnungspunkte 5.3 und 5.5 gemeinsam zu behandeln.

Dafür und dagegen spricht niemand, der GO-Antrag erhält Zustimmung.

Herr Dr. Niekisch bringt die Anträge 23/SVV/0861 sowie 23/SVV/0786 ein.

Herr Schmäh (Fachbereich Umwelt, Klima und Grünflächen) äußert sich dankbar, dass die Informationen aus dem Baumzustandsbericht zur Kenntnis genommen worden sind. Herr Schmäh nimmt zu beiden Anträgen Stellung und geht auf Rückfragen und Hinweise von Ausschussmitgliedern ein.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Oberbürgermeister wird beauftragt mitzuhelfen und zu veranlassen, dass ein alle Stadt- und Ortsteile umfassendes Baumrettungs- und Baumpflegeprogramm formuliert wird, das vor allem alle Bürgerinnen und Bürger, Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer und alle Wohnungsbaugesellschaften in einem großen, ehrenamtlichen Engagement zusammenfasst. Und zwar für eine permanente Aktion. Dabei sollen vor jedem Haus, vor jeder öffentlichen Einrichtung und in jeder Straße und jedem Platz persönliche Aufgaben personell eingeteilt und zugeordnete werden. Stadt- und Grünflächenamt verpflichten sich dabei, ein Kataster zur Pflege zusemmenzustellen und die Bürgerinnen und Bürger bezüglich der Wässerung und Nährstoffzufuhr zu schulen. Diese Aktion soll erst einmal auf 5 Jahre angelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **0**
Ablehnung: **7**
Stimmenthaltung: **1**

5.4 Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße Bereich des Naturkundemuseums

23/SVV/0637
vertagt

Die Einbringung des Antrages erfolgt durch Herr Jäkel.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) verweist auf den fast inhaltsgleichen Antrag, welcher in der Stadtverordnetenversammlung am 7.6.2023 abgelehnt worden ist sowie den Beschluss 23/SVV/0791, zu welchem die Berichterstattung im Dezember 2023 gefordert wird. Er schlägt vor, die Prüfung der hier im Antrag gewünschten Entsiegelung mit in die Berichterstattung im Dezember 23 aufzunehmen.

Herr Jäkel spricht sich für den Antragsteller gegen diesen Vorschlag aus.

Herr Finken stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung bis die Mitteilung der Verwaltung vorliegt.

Dafür und dagegen spricht niemand.

Der Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung wird mit 5/1/2 bestätigt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird erneut beauftragt, die Entsiegelung und Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße im Abschnitt vor dem Naturkundemuseum bis zur Kreuzung Schopenhauerstraße zu veranlassen.

Die Entsiegelung dieser Fläche von ca. 450 m² in einer Breite von 4,7 m bis 2,0 m ist in Anwendung von Ersatzmaßnahmen für andere Bauvorhaben umzusetzen. Nachfolgend ist ca. 50 cm tief Pflanzboden einzubringen. Die Bepflanzung ist vorzugsweise mit geeigneten trockenresistenten Bodendeckern vorzunehmen. Dabei sind bezüglich Bepflanzung und Pflege Initiativen von Bürgern einzubeziehen, sofern möglich.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

5.5 Antrag zur Baumpflege in Potsdam

23/SVV/0786
abgelehnt

Siehe TOP 5.3.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zur Dezembersitzung der Stadtverordnetenversammlung 2023 eine detaillierte Übersicht aufzustellen, wo und wie viele Bäume im Jahr 2023 angepflanzt worden sind und wie viele Bäume und an welchen Standorten genau gefährdet bzw. bereits abgestorben sind. Dabei soll auch darauf statistisch eingegangen werden, wo Bäume auch durch ungünstige Anpflanzungen über Leitungssystemen am Wachs-

tum gehindert werden, z.B. in ehemaligen Sanierungsgebieten. Die Gefährdungen sollen für Bäume jeglicher Altersstufen ausgewiesen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 6
Stimmenthaltung: 2

5.6 Spiel-, Sport- und Erholungsflächen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erhalten

23/SVV/0533
ungeändert beschlossen

Hier handelt es sich um eine Wiedervorlage. Herr Berlin bringt den Antrag nochmals ein.

Herr Sändig übernimmt die Einbringung des Ergänzungsantrages der Fraktion DIE aNDERE. Die DS 23/SVV/0533 wird nach dem 1. Absatz wie folgt ergänzt:
„Hierbei ist auch auf informell genutzte Orte und Flächen zu achten, die nicht durch B-Pläne und FNP festgesetzt sind.“

Herr Schmäh (Fachbereich Umwelt, Klima und Grünflächen) führt aus, dass die Verwaltung sowohl den Ursprungsantrag als auch den Änderungsantrag unterstützen könne. Jedoch sei unklar, wie das Wort „informell“ zu verstehen sei. Von Seiten der Verwaltung wird es so interpretiert, dass damit die Orientierung auf das STEK Spielflächen erfolgen soll.

Nach kurzer Diskussion stellt der Vorsitzende den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: 3/5/0 – und damit keine Zustimmung erhalten.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass sämtliche vorhandenen und neu hinzukommenden Spiel-, Sport- und Erholungsflächen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene dauerhaft gesichert und erhalten werden.

Wenn eine Umwandlung einer Fläche unabdingbar sein sollte, so ist diese vor weitergehender Planung der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen. In diesem Fall ist zwingend eine Ersatzfläche in räumlicher Nähe zur wegfallenden Fläche nachzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 4

Hier handelt es sich um eine Wiedervorlage. Herr Berlin bringt den Antrag nochmals ein.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) berichtet, dass bereits 3 Brunnen durch die EWP betrieben werden und ein weiterer in Planung sei. Für zusätzliche Brunnen sind keine finanziellen Mittel im Haushalt vorgesehen. Die EWP schließt den Betrieb / die Finanzierung weiterer Brunnen aus.

Auf Nachfrage informiert Herr Schenke, dass mit 15- 20 T€ pro Brunnen gerechnet werden müsse sowie zusätzlich für den Betrieb (Hygiene / Strom) mit 7 ½ T€ pro Jahr.

Nach kurzer Diskussion stellt der Vorsitzende den Antrag zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Gesetzesbeschluss der Bundesregierung zur Umsetzung der EU-Richtlinie, dass künftig Trinkwasser aus dem Leitungsnetz an möglichst vielen öffentlichen Orten frei verfügbar sein muss, zügig umzusetzen und die Aufenthaltsqualität an diesen Standorten, durch Hitze- und Sonnenschutz sowie Sitzgelegenheiten zu erhöhen. Vor Umsetzung des Auftrages, ist dem KUM-Ausschuss, Auskunft über die Standorte zu erstatten und sie sind zu veröffentlichen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **1**
Ablehnung: **7**
Stimmenthaltung: **0**

5.8 Technologische und bauliche Maßnahmen in der Fläche zur Verhinderung der lokalen Überwärmung des Aufenthaltsortes von Menschen**23/SVV/0716**
geändert beschlossen

Die Einbringung des Antrages wird nicht gewünscht.

Frau Waberski (Stadtraum Süd-West) informiert anhand einer Präsentation, die im Allris als Anlage beigefügt wird, dass der Antrag von der Verwaltung Unterstützung findet und schlägt zur Konkretisierung folgende Änderungen vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, zu beschließen:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für das im Rahmenplan Golm 2040 ausgewiesene Gebiet **der Vorbereitenden Untersuchungen** ein Konzept zur Verhinderung einer lokalen Überwärmung zu erarbeiten. Das Konzept soll **dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität im Rahmen der weiteren Konkretisierung vorgelegt werden.**“*

In der sich anschließenden Diskussion wird der Antrag unterstützt und gebeten, frühzeitig bei

der Planung auf natürliche Begrünung mit Verdunstungspotential zu achten bzw. bei der Planung den Aspekt Schwammstadt zu berücksichtigen.

Frau Knier (Ortsvorsteherin Golm) äußert Zustimmung zum Änderungsvorschlag der Verwaltung.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für das im Rahmenplan Golm 2040 ausgewiesene Gebiet **der Vorbereitenden Untersuchungen** ein Konzept zur Verhinderung einer lokalen Überwärmung zu erarbeiten. Das Konzept soll **dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** ~~den zuständigen Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung bis zum 1. Quartal 2024~~ **im Rahmen der weiteren Konkretisierung** vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **8**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **0**

Anlage 1 TOP 5.8 Antrag OBR Golm_23-SVV-0716 (öffentlich)

5.9 Beschluss Rahmenplan Golm 2040

22/SVV/1236
geändert beschlossen

Herr Rietz erklärt sich zu den TOP'en 5.9 und 5.10 für befangen.

Die TOP'e 5.9 und 5.10 werden gemeinsam behandelt.

Frau Waberski (Stadtraum Süd-West) erinnert, dass die beiden Vorlagen mehrmalig in den verschiedenen Gremien beraten worden sind und bringt anhand einer Präsentation, welche im Allris als Anlage beigefügt wird, eine neue Fassung der Vorlagen 22/SVV/1236 und 22/SVV/1237 ein. Frau Waberski ergänzt, dass sowohl durch den Ortsbeirat Golm als auch durch den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes die Zustimmung erfolgt ist.

Herr Jäkel erinnert, dass auch der Ortsbeirat Eiche sich mit der Thematik befasst und Änderungen gefordert habe. Mit der hier vorgestellten Vorlage sei nur einem Teil berücksichtigt worden.

Frau Waberski kann dem nicht folgen und erinnert, dass man diese Punkte bereits im SBWL-Ausschuss Punkt für Punkt durchgegangen sei.

Frau Knier (Ortsvorsteherin Golm) dankt für die hier gemeinsam mit der Verwaltung gefundene Kompromisslösung.

Es wird eine quartiersbezogene Energieversorgung geben, bestätigt Frau Waberski auf Nachfrage. Dazu stehe man mit der EWP im Kontakt.

Der Vorsitzende stellt die neue Fassung der Vorlage 22/SVV/1236 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rahmenplan Golm 2040 bildet unter den Maßgaben, dass

I. im Bereich des Voruntersuchungsgebietes Golm-Nord

- a. eine Siedlungsentwicklung nur in dem Umfang erfolgt, wie es das geänderte städtebauliche Konzept (s. Anlage „Strukturkonzept August 2023“) vorsieht,**
- b. eine abgestufte, landschaftsverträgliche Bauhöhenentwicklung erfolgt,**
- c. die Baudichten zониert werden, und zum Siedlungsrand hin aufzulockern sind,**
- d. eine leistungsfähige verkehrliche und soziale Infrastruktur zentraler Baustein der Siedlungsentwicklung ist,**
- e. der Verlust wertvoller Agrarflächen vollständig zu kompensieren ist,**
- f. der Kaltlufteintrag in die Quartiere durch mindestens vier in Ost-West-Richtung angelegte, jeweils mindestens 20 Meter breite von Bebauung freizuhalten Korridore begünstigt wird,**
- g. ein Standort für eine weiterführende Schule mit Primarstufe gefunden wird, der auch in einer frühen Phase der Gesamtentwicklung umsetzbar ist,**

II. die alte Ortsmitte von Golm durch Funktionszuweisungen zu stärken ist,

III. innerörtliche Verdichtungspotentiale konsequent zu nutzen sind,

IV. die Leistungsfähigkeit der Knotenpunkte im Verkehrsnetz signifikant zu verbessern ist,

die planerische und konzeptionelle Grundlage für die weitere Entwicklung des Ortsteiles und des Innovationsstandortes Golm.

Für den Bereich des Voruntersuchungsgebietes Golm-Nord ist insbesondere zur Umsetzung der Maßgaben die Rahmenplanung zu konkretisieren, fortzuentwickeln und mit dem OBR Golm in Benehmen abzustimmen.

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind prioritär im Ortsteil Golm zu verankern.

Der Rahmenplan ist i.V.m. den Konkretisierungen bei Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen.

2. Der Rahmenplan Golm 2040 ist unter Berücksichtigung der Maßgaben eine langfristige, gemeinsame Strategie- und Arbeitsgrundlage mit Selbstbindung für die Stadtver-

ordnetenversammlung und die Verwaltung.

3. Die aufgezeigten Handlungsfelder und Maßnahmen sind durch die Verwaltung in Benehmen mit dem Ortsbeirat Golm konzeptionell, finanziell und zeitlich zu konkretisieren.

4. Der Rahmenplan Golm 2040 ist - im Rahmen eines entwicklungsbegleitenden Monitorings - regelmäßig (mindestens alle zwei Jahre) auf seine Aktualität zu prüfen und hinsichtlich seiner planerischen Grundzüge in Benehmen mit dem Ortsbeirat Golm fortzuschreiben.

5. Im Rahmenplan Golm ist zu berücksichtigen, dass sich die geplante bauliche Inanspruchnahme sowohl in das vorhandene Ortsbild integriert als auch ein „fließender“ Übergang in den Freiraum des LSG gestaltet wird. Ebenso ist der angrenzende Ortsteil Eiche mit einzubeziehen. Dabei ist bei der Planung bereits zu berücksichtigen, dass Wohnraum für Menschen mit geringerem Einkommen geschaffen wird, Möglichkeiten des genossenschaftlichen Wohnbaus eingeräumt sowie innovative bauliche Wohnformen ermöglicht werden, die den jeweiligen Lebensphasen der Mieter und Mieterinnen angepasst werden können.

6. In Übereinstimmung mit den gesamtstädtischen Zielen der Förderung bezahlbaren Wohnraums und nachhaltiger Quartiersentwicklung werden gemeinwohlorientierte Akteure der Wohnungswirtschaft wie Genossenschaften, die ProPotsdam, das Studierendenwerk, Mietwohnungsorganisationen sowie Baugruppen bevorzugt bei der Grundstücksvergabe berücksichtigt.

7. Der Verkehr ist sowohl bei ÖPNV als auch bei MIV zukunftssicher auskömmlich zu planen. Dabei sind Vorkehrungen zu treffen, die weitere zusätzliche Verkehrsbelastungen der bereits jetzt überlasteten Roßkastanienstraße und der Kaiser-Friedrich-Straße wirksam verhindern. Insbesondere sind nicht individuell motorisierte Menschen zu berücksichtigen.

8. Ein Projekt Bürgerhaus ist für die Golmer Mitte einzuplanen, was sich am Bürgerhaus Schlaatz oder anderen Potsdamer Bürgerhäusern orientieren möge.

9. Die soziale Infrastruktur für Golm und Eiche ist bedarfsentsprechend vollständig zu planen einschließlich Schulen, Kitas, Senioren-Betreuungseinrichtungen, Arzthäusern und wohngebietstypischen Dienstleistungsangeboten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Anlage 1 TOP 5.9_RPG 2040_TOP 5.10 FNP-Änderung (öffentlich)

5.10 Flächennutzungsplan-Änderung "Golm Nord" (28/22) Aufstellungsbeschluss

22/SVV/1237
geändert beschlossen

Siehe TOP 5.9

Der Vorsitzende stellt die geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Flächennutzungsplan-Änderung „Golm Nord“ (28/22) ist nach § 2 Abs. 1 i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB durchzuführen – Aufstellungsbeschluss (gemäß Anlagen 2 und 3)
2. Planerische Grundlage für die Flächennutzungsplan-Änderung ist ~~der vorliegende Rahmenplan Golm 2040 (siehe Anlage 4)~~ **das geänderte städtebauliche Konzept (s. Anlage „Strukturkonzept August 2023“)**.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB und der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB ist durchzuführen.
4. Der Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

5.11 Neufassung der Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der Verkehrsflächen und öffentlichen Anlagen der Landeshauptstadt Potsdam (Stadtordnung)

23/SVV/0509
zur Kenntnis genommen

Die Einbringung der Vorlage erfolgt durch Herrn Dr. Lauber (Fachbereich Ordnung und Sicherheit). Anhand einer Präsentation, welche im Allris als Anlage beigefügt wird, nimmt er zu dem vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE vom 20.06.23 – Mehr Straßenmusik in Potsdam sowie dem Ergänzungsantrag der Fraktion Mitten in Potsdam vom 4.11.23 – zum ÄA DIE aNDERE Stellung.

Herr Dörschel stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung, bis der Ausschuss für Ordnung und Sicherheit damit befasst hat. Nach kurzer Diskussion ändert er den GO-Antrag auf „zur Kenntnisnahme durch den KUM-Ausschuss“.

Herr Sändig verweist auf die Intention des Änderungsantrages der Fraktion DIE aNDERE.

Der Vorsitzende stellt den GO-Antrag von Herrn Dörschel, den Antrag zur Kenntnis zu nehmen, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 8/0/0

5.12 Sicherer Radweg Heinrich-Mann-Allee

23/SVV/0393
geändert beschlossen

Die Einbringung des Antrages wird nicht gewünscht.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) informiert anhand einer Präsentation über den Sachstand. Zielstellung sei es, den Radweg sicher durch die Baustelle zu führen und schlägt folgende Änderungen vor:

- statt „bauliche“ das Wort „verkehrssichere“ einzusetzen
- Streichung des letzten Satzes

Gegen diese Änderungen erhebt sich kein Widerspruch, so dass der Vorsitzende den geänderten Antrag zur Abstimmung stellt:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine sichere Führung des Radwegs an der Heinrich-Mann-Allee in der Nähe des Leipziger Dreiecks durch ~~bauliche~~ **verkehrssichere** Abgrenzung vom KFZ-Verkehr zu gewährleisten.
~~Dazu sind die kürzlich aufgestellten Baken durch fest installierte Poller dauerhaft zu ersetzen.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **7**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **1**

5.13 Antrag zur Ortsdurchfahrt in Grube

23/SVV/0787
abgelehnt

Die Einbringung des Antrages wird nicht gewünscht.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) informiert zum Sachstand.

Herr Rietz spricht sich für die Anbindung von Golm-Nord zur B 273 aus.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Oberbürgermeister wird beauftragt, zusammen mit den kompetenten Stellen und Behörden des Landes und des Bundes eine konzertierte Aktion zu erreichen, die endlich das massive Problem der gefährlichen und lärmintensiven Ortsdurchfahrt durch den Potsdamer Orts-

teil Grube in Angriff nimmt und einer pragmatischen Lösung zuführt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 6
Stimmenthaltung: 2

5.14 Parkhaus Nähe Campus Jungfernsee öffentlich nutzbar machen

23/SVV/0681
ungeändert beschlossen

Die Einbringung des Antrages wird nicht gewünscht.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) berichtet, dass man bereits mit dem privaten Eigentümer Kontakt aufgenommen habe und von dort Zustimmung signalisiert worden sei. Derzeit erfolge die Suche nach einem privaten Betreiber.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen das in unmittelbarer Nähe des Campus Jungfernsee gelegene private Parkhaus am Konrad-Zuse-Ring zum Teil für die Öffentlichkeit nutzbar gemacht werden könnte. Der Stadtverordnetenversammlung ist bis Dezember 2023 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

5.15 Parkraumbewirtschaftung am Potsdamer Wochenmarkt verbessern

23/SVV/0859
vertagt

Die TOP'e 5.15 und 5.16 werden gemeinsam behandelt.

Herr Finken bittet für die antragstellende Fraktion um Zurückstellung der beiden Anträge 23/SVV/0859 sowie 23/SVV/0690 und bittet um die Stellungnahme eines Vertreters des Wirtschaftsrates im Ausschuss.

Herr Rubelt schlägt vor, dem Wirtschaftsrat die beiden Anträge zur nächsten Sitzung vorzulegen.

Herr Berlin äußert sich dagegen, da die Abstimmung jetzt möglich sei.

Herr Heuer erinnert, dass es noch einen weiteren Antrag in dieser Richtung gebe und bittet, dann alle drei Anträge gemeinsam wieder aufzurufen.

Die Zurückstellung wird mit 5/3/0 bestätigt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Parkraumbewirtschaftung im Bereich Bassinplatz-Wochenmarkt (Parkgebührenzone 1) wie nachfolgend zu ändern:
Montag bis Samstag ist das Parken eine Stunde kostenfrei, dies ist mit einer Parkscheibe anzuzeigen.

5.16 Parkausweis für Bewohner im ländlichen Raum

23/SVV/0690
vertagt

Siehe TOP 5.15

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Bewohner des ländlichen Raums bei notwendigen Fahrten in die Innenstadt von den hohen Parkgebühren entlastet werden können.

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist bis Dezember 2023 zu berichten.

5.17 Prüfung von bewachsenen Fugen in Pflasterflächen gegen Hitzestress

23/SVV/0638
abgelehnt

Die Einbringung des Antrages erfolgt durch Herrn Jäkel.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) nimmt für die Verwaltung Stellung und informiert, dass bei Ausbauplanungen generell geprüft wird, inwieweit bei Baumaßnahmen der Anteil der versiegelten Flächen minimiert werden kann.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Initiative des spanischen Stadtplaners und Architekten Angel Panero zur Begrünung von Pflasterfugen auf ihre Eignung für gepflasterte Straßen- und Platzflächen in Potsdam zu prüfen.

Es gilt zu klären, wie die positiven Erfahrungen aus Spanien, wo die Bodentemperaturen durch Bewuchs in Pflasterritzen um bis zu 28 Grad Celsius gesenkt werden konnten, auf Potsdamer Verhältnisse übertragbar sind.

Dem Ausschuss für Klima Umwelt und Mobilität und dem Ausschuss für Stadtentwicklung Bauen Wirtschaft und ländliche Entwicklung sind bis April 2024 erste Prüfergebnisse vorzustellen.

Die Einbringung des Antrages erfolgt durch Herrn Jäkel.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) nimmt für die Verwaltung Stellung und informiert, dass bei Ausbauplanungen generell geprüft wird, inwieweit bei Baumaßnahmen der Anteil der versiegelten Flächen minimiert werden kann.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Initiative des spanischen Stadtplaners und Architekten Angel Panero zur Begrünung von Pflasterfugen auf ihre Eignung für gepflasterte Straßen- und Platzflächen in Potsdam zu prüfen.

Es gilt zu klären, wie die positiven Erfahrungen aus Spanien, wo die Bodentemperaturen durch Bewuchs in Pflasterritzen um bis zu 28 Grad Celsius gesenkt werden konnten, auf Potsdamer Verhältnisse übertragbar sind.

Dem Ausschuss für Klima Umwelt und Mobilität und dem Ausschuss für Stadtentwicklung Bauen Wirtschaft und ländliche Entwicklung sind bis April 2024 erste Prüfergebnisse vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	3

5.18 Fährverbindung Herrmanswerder

23/SVV/0714
abgelehnt

Die Einbringung des Antrages wird nicht gewünscht.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und Infrastruktur) informiert, dass die Umsetzung aufgrund fehlender Rechtsgrundlage in Deutschland nicht möglich sei.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen die bisherige Fährverbindung durch eine autonom fahrende Fähre zu ersetzen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 7
Stimmenthaltung: 1

6 Mitteilungen der Verwaltung

6.1 2. Sachstandsbericht zur Teilnahme der Landeshauptstadt Potsdam am "Wattbewerb" gemäß Beschluss 22/SVV/0006

Die Berichterstattung ist den Mitgliedern des Ausschusses am 20.09.2023 zugesandt worden und wird im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift eingestellt.

Rückfragen erfolgen nicht, so dass der Bericht zur Kenntnis genommen wird.

Anlage 1 TOP 6.1 - 2. BE BeteiligungWattbewerb_Solar_230919 (öffentlich)

6.2 Info. über Prüfung - Tempo 30 Charlottenstraße

Die Berichterstattung ist den Mitgliedern des Ausschusses am 20.09.2023 zugesandt worden und wird im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift eingestellt.

Rückfragen der Ausschussmitglieder werden durch Herrn Rubelt und Herrn Schenke beantwortet. So informiert Herr Rubelt, dass voraussichtlich Anfang nächsten Jahres ein neues Gesetz erwartet wird, welches erlaubt aktiv hin zum Tempo 30 zu prüfen. Derzeit gilt als Grundlage für die Einrichtung Tempo 30 ein erhöhtes Unfallgeschehen. Basis für den Nachweis ist die bei der Polizei dokumentierte Faktenlage.

Die Berichterstattung wird zur Kenntnis genommen.

Anlage 1 TOP 6.2 BE_Prüfung_Herabsetzung Höchstgeschwindigkeit Charlottenstraße (öffentlich)

7 Sonstiges

Herr Rubelt informiert auf Anfrage von Herrn Finken, dass die Prüfung der Zuwendungen der LHP an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) für die Jahre 2020 bis 2022 noch nicht vollständig abgeschlossen sind und sich noch im Prüfungsprozess befinden.

Aktuell hat die SPSG der Landeshauptstadt Potsdam mitgeteilt, sich aus dem gemeinsamen Förderprojekt InnoWasPo zurückzuziehen und damit die Fördermittelnutzung aus diesem Projekt zu stoppen.

Der Vorsitzende verweist auf die als Tischvorlagen ausgereichten Blätter mit einem QR-Code und bittet , sich umfangreich an der Umfrage zur Lärmaktionsplanung in Potsdam zu beteiligen.

Vorsitz:

Protokollführung:

Andreas Walter

Viola Kropp